

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Trägerlohn. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten) hat der Beziffer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere über Nachschlag ufm. laut aufliegender Anzeigenpreisliste. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachschlagsanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verhörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Rabenberg.

Postfachkonto: Dresden 15488.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Kühle, Jnh. Georg Kühle, Ottendorf-Okrilla.

Girokonto: 551. — Fernruf: 231.

Nummer 114

Donnerstag, den 5. Oktober 1939

38. Jahrgang

Reichstag tritt am Freitag zusammen

Der Deutsche Reichstag tritt am Freitag, dem 6. Oktober, 12 Uhr mittags, zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zusammen.

General Terachi an den Führer

Der Kaiserlich-japanische General Graf Terachi hat aus München nachfolgendes Telegramm an den Führer gerichtet: „Im Begriff, Deutschland nach erlebnisreichen Tagen zu verlassen, drängt es mich, Eurer Excellenz von ganzem Herzen für die Einladung zu danken, die mir diesen Besuch ermöglicht hat. Ich werde mich bemühen, die Einladung zu danken, die mir diesen Besuch ermöglicht hat. Ich werde mich bemühen, die Einladung zu danken, die mir diesen Besuch ermöglicht hat.“

Englands falsche Vorstellung vom deutschen Volk

Zu den Unterhausreden in London schreibt die Schweizerische „Nationalzeitung“, daß die wachsende innerdeutsche Stimmung gegen England den Briten wahrscheinlich falsche Vorstellungen über das deutsche Volk gegeben habe, daß ihr naives Vorstellungsmodell von einem harmlosen deutschen Volk, das gegen seinen Willen von tyrannischen Machthabern in den Krieg gezwungen wird, nicht ganz der Wirklichkeit entspricht.

Regenschirmkabinett bleibt

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus, ob die Regierung die Zweckmäßigkeit der Bildung eines zahlenmäßig begrenzten und von sonstigen Regierungsgeschäften losgelassenen Kabinetts prüfen wolle, antwortete Chamberlain mit „Nein“.

Gegenläufige Auffassungen in England

Daß die Unterhausrede Lord Georges Isogebroschens die gegenläufigen Auffassungen in England zur Sprache brachte, wie man sich etwaigen Friedensverhandlungen gegenüber verhalten soll, bezeugt, hat, geht eindeutig aus einem längeren Bericht des Londoner Korrespondenten des „Amsterdamer Telegraaf“ hervor. Unter der Überschrift „Geteilte Ansicht in England — Genauere Formulierung der Kriegsziele gefordert“ schreibt er, daß der Sturm der gestern im Unterhaus im Anschluß an die Ausführungen Lord Georges Isogebroschens, habe vielleicht deutlicher als irgend etwas anderes die Stimmung im englischen Volk widerspiegelt, die sich jetzt aus der öffentlichen Meinung heraus bildet. Viele verurteilen Lord Georges Rede scharf. Andere jedoch lobten Lord George, weil er gerade in diesem Augenblick Mut genug habe, um die Frage von Frieden oder Fortsetzung des Krieges so scharf gegen einander abzumessen.

In der Tat, so führt der Korrespondent fort, herrsche bei diesen in London das Gefühl — und es habe keinen Zweck, das zu verwischen —, daß die Intervention Sowjetrusslands eine sehr unklare Lage geschaffen habe, durch die es unmöglich gemacht werde, den Krieg als einen aussichtsreichen Kampf zwischen „Demokratie und Hitlerismus“ anzusehen, der in dem Augenblick beendet werden sollte, wenn die demokratischen Nationen Deutschlands eine Niederlage zugefügt hätten.

Dieses Gefühl der Unsicherheit sei am härtesten im Laufe der Unterhausrede in den Ausführungen des Abgeordneten Sir Charles Cower zum Ausdruck gekommen. In einigen Kreisen, so habe dieser gesagt, scheint man der Meinung zu sein, daß England durchsichtigen müsse, um Deutschland zu vernichten und irgendwelche Vorschläge, die gemacht werden würden, nicht einmal erwägen dürfe. Waram ein solcher Krieg bis zum bitteren Ende durchgeführt werde, die Freiheit und alles, was England liebt, sicherzustellen?

Die Frage, warum überhaupt gekämpft werde, hebt der „Telegraaf“-Korrespondent im Anschluß daran hervor, beschäftigt in England die Gemüter zweifellos sehr. Und immer mehr dränge man auf eine deutliche Formulierung der britischen Kriegsziele und auf eine klare Festschreibung der Bedingungen, unter denen ein Friede geschlossen werden könne.

Indischer Nationalkongreß bereitet England eine Abfuhr

Die Moskauer Presse schenkte einem Londoner Bericht der „Times“ besondere Aufmerksamkeit, wonach die Leiter des indischen Nationalkongresses ihre Haltung gegenüber dem Krieg in Europa bis jetzt noch nicht definiert haben, sondern weiter eine Erklärung der englischen Regierung über ihre Kriegsziele abwarten. Die Leiter der Kongresspartei mißbilligen danach insbesondere die Ausrufung, die der Minister für Indien und Birma, Lord Linlithgow, im Hause der Lords fallen ließ, wonach die indischen Politiker mit der englischen Regierung einen Abhandlung darüber führten, zu welchen Bedingungen sie die englische Kriegspolitik unterstützen würden. Der Führer der Kongresspartei, Nehru, habe, so heißt es in dem Bericht, in diesem Zusammenhang erklärt: „Nach Ansicht des Kongresses müssen wir wissen, wie sich der Krieg auf die künftige Lage

Indiens auswirken wird. Es ist der Gipfel der Dummheit und des Verstandes, wenn jemand, der etwa den Nationalismus vertritt, deshalb den Imperialismus unterstützen wollte. Die Förderung des Kongresses nach einer Bekanntheit der Kriegsziele wurde nicht gefordert, um einen Abhandlung zu treiben, sondern deshalb, weil Indien an einem Krieg der imperialistischen Länder nicht teilnehmen kann. Nur ein freies Indien wird seine Macht für den Kampf um die Ideale einbringen, die es offen verkündet hat und nach denen es sich auch richtet.“

Frankreich bestraft die Friedenswilligen

Die außerordentliche Schärfe, mit der man in Frankreich jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, erhebt sich zunehmend auf den sich immer mehr anhäufenden Verurteilungen sogenannter Defazisten, d. h. solcher Leute, die eine andere Auffassung vertreten, als die des französischen Informationsministeriums. Wehe denen, die den Frieden herbeiführen und dies öffentlich bekunden!

Ein treffendes Beispiel hierfür gibt das jetzt eingeleitete Gerichtsverfahren gegen 31 bekannte Schriftsteller und Journalisten, die vor einiger Zeit im „Figaro“ unterzeichnet haben, in dem unter der Überschrift „Sofortiger Friede“ die Einstellung der Feindseligkeiten gefordert wurde.

Unter den Unterzeichnern befinden sich Viktor Marguerite, der ehemalige Unterstaatssekretär Marcel Deat, der sozialistische Parteiführer Marcou, Albert, Georges Mos, Henri Senier, Jean Giono und andere. Das Gerichtsverfahren gegen sie wurde auf Verleumdung des Militärgouverneurs von Paris erstreift, der sich auf den Erlass vom 1. September stützt. Dieser Erlass sieht die Verhaftung von Mandanten vor, die geäußert haben, einen unangenehmen Einfluß auf den Geist des Heeres und der Bevölkerung auszuüben.“

Argentinien fordert Abgabe der Falklandinseln

Der argentinische Delegationsführer hatte auf der Panamerikanischen Konferenz in Panama erklärt, sein Land mache weiterhin Ansprüche und Rechte auf die unter dem Namen Falklandinseln bekannten Malvinen geltend, die bekanntlich England nach bewährter Art vor hundert Jahren eroberte. Diese Erklärung fand begeisterte Zustimmung. Ein bestimmter Vorbehalt war am Abgange. Im Rahmen dieser Konferenz und gerade im Zeichen der dort erneut betonten Gemeinschaftsprinzipien mußte Argentinien mit eindeutiger Festigkeit Klage erheben wegen des Raubes vom Jahre 1833. Früher oder später werden sich die Malvinen wieder mit der nationalen Flagge des rechtmäßigen Besitzers schmücken.“

Um die engere Zusammenarbeit der USA mit Iberoamerika

Roosevelt stellte der Professorenkonferenz mit, daß die auf der Panamerikanischen Konferenz in Panama beschlossene engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der USA mit Iberoamerika die Bereitstellung weiterer Geldmittel notwendig mache. Er werde deshalb den Kongreß im Januar um Erhöhung der Kreditautorisierung der Bundesbank für Ausfuhrhandel von 100 auf 500 Millionen Dollar ersuchen. Bekanntlich empfahl Roosevelt diese Erhöhung bereits auf dem letzten Kongreß, der die Summe jedoch wieder auf 100 Millionen Dollar wahren ließ.

Roosevelt wurde dann gefragt, wie sich die USA-Regierung im Falle einer Verletzung der in Panama aufgestellten neutralen Sicherheitszone verhalten würde, was sie beispielsweise tun werde, wenn ein Kriegsschiff der feindlichen Staaten in die Sicherheitszone eindringen oder sogar Kampfhandlungen dort stattfinden würden. Roosevelt antwortete, er glaube nicht, daß die USA dadurch in einen Krieg verwickelt würden.

Litauens Außenminister fährt nochmals nach Moskau

Der litauische Außenminister Urbys wird sich in Balden erneut nach Moskau begeben, um die Erörterung der litauischen und litauisch-lituanischen Fragen fortzusetzen.

Mit fremden Augen

Es sind nicht gerade heitere Augen, mit denen das neutrale Holland auf die englische Seefahrtswirtschaft blickt. Das „Amsterdamer Allgemeines Handelsblatt“, das schon mehr als einmal sich entschieden gegen die Uebergriffe der englischen Kriegsschiffe gewendet hat, stellt erneut eine immer mehr

Wachsende Verstimmlung der niederländischen Wirtschaftskreise

über die Handhabung und die Wirkung der englischen Teilblockade fest. Denn nur um eine Teilblockade handelt es sich ja von der allerdings die durch sie betroffenen Neutralen ganz und voll betroffen werden. So ist nach der holländischen Hochseefischerei nun auch die ganze Rindfleischerei völlig stillgelegt worden, da sie durch das gewaltige Ansteigen der Brennstoffpreise einfach eine wirtschaftliche Unmöglichkeit wurde.

Besondere Erbitterung erregt es, nach „Allgemeines Handelsblatt“, daß man den Kapitänen dieser Schiffe nicht die Möglichkeit läßt, mit ihren Niederbreiten in Verbindung zu treten. Das ist natürlich eine reine Schikane und nach zweifellos richtiger holländischer Auffassung wird die Schikane zum „offenen Völkerverleib“, wenn man diesen Kapitänen sogar die Pflanzungnahme mit ihren Konsulaten gesellschaftlich unterbindet. Die Londoner Völkerrechtsbestimmungen von 1909 über die Seefahrt fordern es jedenfalls unzweifelhaft ganz anders. Aber

England reizt Rechtsbruch an Rechtsbruch so auch den, daß die englischen Kriegsschiffe die Post von neutralen holländischen Schiffen rauben, um sie durchzufuhren, was ein trauriger Bruch des Haager Vertrages von 1907 ist, wonach Kriegsschiffe nicht nur der Neutralen, sondern auch kriegsführender Staaten unverteidlich ist.

England, so meint „Allgemeines Handelsblatt“, verfährt doch laut, daß es „für die Rechtsordnung“ zu Felde zieht. Das sei die von ihm behauptete „moralische Grundlage“ seiner Kriegsführung. Aber es untergrabe ja selbst diese moralische Grundlage durch die brutale Verewaltung der Rechte der kleinen Neutralen. Bezeichnend, daß es den Holländern schwer fällt, an die Gerechtigkeit dieser Moral zu glauben. Aber auch im Kreise des englischen Reiches selbst gibt es trotz des Abhand von Kalat und der Verlebung eines bremantischen Volkstammes, trotz der belabete hundert neunundfünfzigjährigen und der zwei Duzend fährholländischen Freiwilligen doch noch Leute, die keineswegs davon überzeugt sind, daß es den Engländern nur um die reine Leidenschaft für alles Gdte, Gute und Schöne und für die Ideale der Demokratie zu tun ist. So fühlen sich die Ander von den Engländern einfach mißbraucht und protestieren laut gegen den englischen Versuch, Indien unangefragt und gegen seinen Willen zu einem kriegsführenden Staat zu pressen. Die Ander finden, daß die Stellung und Behandlung Indiens im englischen Weltreich das drastischste Beispiel für die herzlose Hoffahrt des englischen Imperialismus sei. Um diesen Imperialismus und seinen Status quo zu verteidigen, werde Indien keinen Finger rühren. Sei es England aber ernst mit seinem Kampf für Freiheit und Demokratie, so müsse es diese vor allem und zuerst und restlos dort herstellen, wo es dafür noch nicht erst blutig zu kämpfen brauche, wo vielmehr ein Volk von Hunderten von Millionen es darin leidenschaftlich unterstützen würde, also in Indien.

Das Manifest des indischen Kongresses

In dem diese indische Auffassung sich der des Londoner Imperialismus schroff entgegenseht, hat, so erzählt man, „durch irgendwelche unglückliche Umstände die Tagespresse nicht erreicht“. Unterziehen wir diese unglücklichen Umstände nicht weiter, die Sache hat sich ja, wie man sieht, doch herumgesprochen. Und in London wird man trotz des beschuldigten Abhand von Kalat die in diesem Manifest enthaltene bedrohliche Warnung und eigene indische Willensäußerung nur auf die eigene Gefahr überhören können. Feinlich ist jedenfalls für London die mitterschwere doppelte Frage der Ander: für die Freiheit des englischen Imperialismus oder für indisch-demokratische Freiheit und Selbstbestimmung? Das sieht doch noch nicht wie einallsindische Hochzeit aus, oder „ward je in solcher Laun“ ein Weib gewonnen? Oder ein Verbündeter?

Neutralitätsdebatten in USA

Die Vorab-Rede, die den Isolationistischen Kampf im Senatsplenum einleitete, hat in USA großen Eindruck gemacht und reizt sich, so glaubt man, würdig an die historische Neutralitätsdebatte des Vorabes an.

Der Ausgang der Senatsdebatte im Rekrutierungskamp zwischen den Anhängern der Pittmanbill und den Isolationisten ist noch völlig unübersichtbar, wenn auch die Befürworter behaupten, bereits sechzig Senatoren auf ihrer Seite zu haben, von denen viele durch Cash and Carry ihrer Zustimmung wurden. In eingeweihten Kreisen glaubt man, daß die Debatte mindestens vier bis sechs Wochen dauern und das Endresultat ein Gesey sein wird, das von der schwerwiegenden Pittmanbill sehr verschieden, aber den Grundgedanken des Cash and Carry beibehalten wird.

Daß der Neutralitätswille bei den meisten ehrlich gemeint ist, daß aber über die einzuführenden Methoden größte Unklarheit herrscht, geht beispielsweise aus den Leitartikeln der Isolationistischen „Newport Daily News“, Amerikas größter Tageszeitung, hervor, die zwar Embargoauflhebung fordert, aber täglich ihre Leser vor den britischen Eigenheits, sentimentalischen Drohungen und Verleumdungen warnen. Die Lage Englands und Frankreichs sei sehr prekär, schreibt die „Daily News“, aber das USA-Volk dürfe nicht vergessen, daß die Lage Amerikas, falls es in den Krieg verwickelt werde, heute viel gefährlicher als 1917 sein würde, solange nicht durch die Ueberlegenheit des Kriegsschiffes über das Flugzeug erwiesen sei, welche nicht der Schatten einer Möglichkeit, Amerika eine neue Expeditionarmee nach Europa sende, denn der USA-Armee könne durch feindliche Flugzeuge plötzlich die Rückkehr abgebrochen werden. Außerdem könne es sich Amerika nicht leisten, seine Flotte nach dem Atlantik zu verlegen und den Stillen Ozean den Japanern freizulassen.

Kritische Gedanken entwickelt der vielgelesene Publizist Walter Lippmann, der heute schreibt: Die Kriegsteilnahme der USA würde nicht nur die Sicherheit der Vereinigten Staaten, sondern die ganze westliche Hemisphäre gefährden. Unter allen Umständen müsse die USA-Flotte über den Stillen Ozean wachen. Es sei völlig undenkbar, eine Expeditionarmee nach Europa zu schicken, die im Falle einer Niederlage verloren wäre.

Norwegischer Dampfer vor Singapur gesunken

Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat der norwegische Dampfer „Hogeh“, 4914 Tonnen, in dem Minenfeld am Eingang des Hafens von Singapur auf eine Mine und sank. Die Mannschaft wurde gerettet, neun Mann mußten ins Krankenhaus gebracht werden.